

# ANMERKUNGEN ZUM BREXIT

VON H. W. VALERIAN

Während ich mich diesen Herbst in London aufhielt, amüsierten uns die täglich wechselnden und einander widersprechenden Meinungsäußerungen britischer Regierungsmitglieder zum so genannten Brexit. Das ging so weit, dass an einem Tag bekräftigt wurde, das Vereinigte Königreich werde nicht bloß den Gemeinsamen Markt, sondern ebenso die Zollunion verlassen, während am nächsten Tag eine „harte Grenze“ zwischen Nordirland und der Republik Irland definitiv nicht in Frage kam. Wie das funktionieren soll, das erklärte niemand.

Einer Umfrage zufolge sollen vor einem Jahr – also ehe das Austrittsverfahren gemäß dem berüchtigten Artikel 50 ausgelöst worden war – mehr als 60 Prozent der Briten ihrer Premierministerin Theresa May eine gute Verhandlungsführung bescheinigt haben; nun waren's nur noch knapp über dreißig Prozent. Doch hatte sie – meinem persönlichen Eindruck nach – zuvor genau so gut oder so schlecht agiert wie jetzt. Das Problem, welches die Briten mit ihrem Brexit haben, liegt woanders.

Man muss der gegenwärtigen Regierung zugute halten, dass ihre Verwirrung und ihre Inkompetenz nicht von ungefähr kommen. Sie befindet sich in einer klassischen Zwickmühle. Eine solche hat, wie wir wissen, immer zwei Pole, zwei gleichermaßen unangenehme Alternativen: „the devil or the deep blue sea“, wie man auf Englisch sagt.

Auf der einen Seite geht das Dilemma auf die Zeit vor dem Referendum vom 23. Juni 2016 zurück. Schon damals wirkte „Europa“ – als Frage, als Problem – wie ein politischer Spaltpilz auf den Inseln. Das galt und gilt auch für die Labour Party. Vor allem aber für die Konservativen, die Tories: Tatsächlich hätte das Referendum hauptsächlich dazu dienen sollen, eine

Spaltung der Konservativen Partei zu verhindern. Alles, was seither geschehen ist, verfolgt dasselbe Ziel. Wie so oft, wird Außenpolitik mit dem Blick über die Schulter betrieben, nach hinten und nach innen. Letztlich bedeutet das aber: ein Flügel der Konservativen Partei, die Brexiteers, regiert derzeit praktisch alleine das ganze Königreich.

Trotz allem muss festgehalten werden, dass der Gegensatz zwischen *Us* (die Briten) und *Them* (auf dem Kontinent) meiner Beobachtung zufolge tiefer geht, als dies bei uns im Herzen Europas möglich erscheint. Selbst ein feuriger EU-Gegner in Österreich könnte schwerlich auf die Idee verfallen, einen grundsätzlichen Gegensatz zu konstruieren zwischen „uns“ und „den Europäern“. In Großbritannien geht das – dank des Ärmelkanals und der Nordsee. Und so argumentieren selbst Leute, die entschieden *für* den Verbleib in der Europäischen Union eintreten, vorwiegend aus britischer Sicht: die Vorteile, die Nachteile. Der Umstand, dass ein einigermaßen anständiger, würdevoller Fortbestand Europas nur in einer starken Union vorstellbar ist, kommt nicht zur Sprache. Das wird nicht einmal angedacht: *they don't even think of it.*

So kam das berüchtigte Referendum also zustande, und es kam höchstens insofern überraschend, als es nicht noch deutlicher ausfiel. Trotzdem, so kann man heute schon feststellen, schuf es mehr Probleme als es löste. Was freilich nicht so sehr an der Entscheidung selbst lag: Denn in der Politik gibt es, wenn man's recht bedenkt, eigentlich kein eindeutiges Richtig oder Falsch. Gäbe es sie, dann bräuchten wir keine Politik. Politische Entscheidungen sind letztlich immer Wertentscheidungen: Was wollen wir? Und sie beinhalten immer ein Risiko, denn sie spielen mit der Zukunft. Die ist aber nicht vorhersehbar, zumindest nicht genau, nicht restlos.

Es wäre also durchaus nicht „falsch“ gewesen zu sagen: Wir wollen raus aus der EU. Wir wollen den Zustrom von EU-Bürgern beschränken.<sup>1</sup> Wir wollen uns nicht länger den Vorschriften aus Brüssel und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes unterwerfen.

Doch so einen Schritt gibt's nicht umsonst. Das sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Man müsste also bereit sein, die Rechnung zu bezahlen, die

<sup>1</sup> Denn nur um die konnte es gehen, nur ihre Bewegungsfreiheit war durch die EU-Mitgliedschaft garantiert.

Nachteile in Kauf zu nehmen. In so einem Falle könnte die Entscheidung durchaus „richtig“ sein.

Im Wahlkampf vor dem Referendum war von der Wirtschaft – also vom Preis – jedoch nur nebenbei und eher leichtfertig die Rede. Seit die britische Regierung das Austrittsverfahren gemäß Artikel 50 eingeleitet hat, also seit dem 29. März 2017, schaut das ganz anders aus. Nun geht's um Dinge, die vorher kaum zur Sprache kamen: um die Grenze auf der irischen Insel, um die Rechte von EU-Bürgern im Vereinigten Königreich (und umgekehrt), um die *divorce bill*, also jene Summen, welche an die EU zu zahlen seien. Und es geht um die Wirtschaft. Immer mehr um sie.

Bei all diesen Themen gestaltet sich die Perspektive für die Briten keineswegs so rosig, wie sie ihnen vor dem Referendum gemalt wurde. Besonders gilt dies für die Wirtschaft: Denn obwohl es nach wie vor Stimmen beharrlicher Brexiteer-Tories gibt, die eine Wiederkehr britischer Macht und Herrlichkeit versprechen, macht sich überwiegend doch Ernüchterung breit. Auf die Dauer wird wohl nur schwer zu erklären sein, welche wirtschaftlichen Vorteile der Austritt aus einem Zusammenschluss bringen soll, welcher primär zwecks wirtschaftlicher Vorteile erfolgte. Die Zahlen legen jedenfalls anderes nahe.

Bloß *sagen* darf die Regierung das nicht: Was der Brexit kosten wird. Dass er möglicherweise schwerwiegende Nachteile mit sich bringt. Vielleicht gar nicht so vernünftig war? Das Volk hat schließlich abgestimmt. Ein Referendum ist ein Instrument des Populismus. Und laut Populismus hat das Volk immer Recht.

An dieser Stelle wird man wohl kaum um jenen unseligen Einfluss herumkommen, welchen die Massenmedien ausüben, besonders die abscheulichen *tabloids* wie *The Sun* und *Daily Mail*. Sicher, es lässt sich heute bereits fragen, wie viel Macht sie effektiv noch haben. Aber das spielt keine Rolle. Politiker fürchten sich – das genügt. Und sie fürchten sich zu Recht. Britische Journalisten (und beileibe nicht nur sie!) können erbarmungslos sein, ohne die geringsten Skrupel, selbst gegenüber Familienangehörigen von Politikern, die in ihr Visier geraten. Sie jagen „like feral beasts“, wie das einmal formuliert wurde, wie wilde Raubtiere im Rudel.

Aus all dem resultiert jenes Dogma, welches die Politik in Großbritannien zur Zeit beherrscht: Es gibt kein Zurück. Es darf nicht einmal darüber ge-

redet werden – „das Volk“ hat gesprochen. Nicht einmal die Nachteile des Brexit dürfen klar benannt werden, der Preis. Gegner des Austritts, einst als *remainers* bezeichnet (to remain = bleiben), sehen sich als *remoaners* verhöhnt (to moan = jammern).

Und so eröffnet sich die zweite Seite jener Zwickmühle, von der schon die Rede war. Nicht nur sieht sich die britische Regierung vor der Aufgabe, eine äußerst schwierige Lage – den Austritt mit all seinen Folgen – zu bewältigen. Sie muss so tun, als gebe es gar keine Folgen, zumindest keine negativen. Als eröffneten sich nichts als strahlende Aussichten, eine goldene Zukunft der wieder erlangten Souveränität, des wieder einkehrenden Reichtums.

Aber ist so was möglich? Kann man heutzutage wirklich so tun als ob? Im Zeitalter der Information?

Nun, bis zum Sommer 2017 – ja. Bis dahin verlief die politische Debatte im so genannten Westminster Village, also der eng verstrickten Kaste von Politikern, Journalisten, Lobbyisten und Experten wie in einem Aquarium. Nicht, dass es dieser Debatte an Schärfe oder an Lebhaftigkeit gemangelt hätte, oh nein! Aber sie bewegte sich stets innerhalb einer strikt insularen Perspektive: Was wollen wir? Was ist das Beste für uns? Was sollen wir tun? Auf die Idee, dass es da draußen auch noch eine EU gibt, mit der es zu verhandeln galt – darauf schien niemand zu kommen. Woraus der Eindruck einer solipsistischen Weltsicht entstand: Das einzig Wirkliche in der Welt bin ich selbst.

„I refute him thus“ antwortete der berühmte Dr. Johnson im 18. Jahrhundert, als er Einschlägiges von einem Philosophen zu lesen bekam: So widerlege ich ihn – und stieß mit dem Fuß gegen einen Stein.

Aua.

Mich erinnerte die Debatte an eine deutsche Redewendung, die wir alle kennen: Die Rechnung ohne den Wirt machen. Ist's Zufall, dass ich bis dato keine entsprechende Wendung im Englischen entdecken konnte? („You don't count your chickens before they're hatched“, sagt man zwar, aber das entspricht unserem „Du sollst den Tag nicht vor dem Abend loben“ und ist nicht dasselbe.)

Am deutlichsten dürfte ein englischer Professor dieses Mentalitätsproblem angesprochen haben, nämlich Anthony King in seiner Einführung

zum politischen System des Vereinigten Königreichs, *Who Governs Britain?* (Penguin Books 2015). Wie man sieht, erschien das Buch noch vor Referendum und Artikel 50. Schon damals gelangte der Professor zu folgendem Schluss:

Few British politicians are liars, but most of them are living a lie – or, if not an outright lie, then at least a bizarre fantasy. They behave as though they imagine that Britain’s place in the world has not changed and that the capacity of Her Majesty’s Government to influence both the lives of Britons and the world beyond Britain’s shores is now as great as it ever was. (p. 277)

(Die wenigsten britischen Politiker sind Lügner, aber die meisten leben in einer Lüge – beziehungsweise, wenn es sich nicht um eine ausgesprochene Lüge handelt, so doch in einer bizarren Vorstellung. Sie verhalten sich so, als glaubten sie, die Rolle Großbritanniens in der Welt habe sich nicht verändert und die Regierung Ihrer Majestät sei genau so wie früher in der Lage, sowohl das Leben der Briten als auch die Welt jenseits der Küsten Britanniens zu beeinflussen.)

Wie wenig das zutrifft, zeigte sich in dem Moment, als die Verhandlungen mit der EU begannen. Es werde den „row of the summer“ geben, versprach Brexit-Minister David Davis, den Krach des Sommers, sollte die EU nicht den von den Briten gewünschten Fahrplan akzeptieren. Sie tat’s nicht, und der Krach blieb aus.

Das Schlamassel der britischen Politik besteht also auch darin: In ihren Verhandlungen mit der EU wird sie immer wieder an der Realität schrammen. Das erzeugt Abschürfungen, Schmerzen.

Aua.

Wer wird für die Schmerzen verantwortlich sein? Die Leave-Wähler bestimmt nicht, und die geifernde Presse ebenso wenig. So viel ist klar. Also bleibt zunächst die Regierung. In weiterer Folge die Konservative Partei. Und wenn die Enttäuschung noch weiter geht, dann könnte der Zorn das gesamte Westminster Village treffen, das gesamte politische System. Weit hergeholt, mag sein – aber ganz ausgeschlossen erscheint es mir nicht.

Gibt’s Auswege?

Das ganze Unternehmen abzublasen – wohl nicht, wie wir schon gesehen haben. Also bleibt nur die Möglichkeit, den Austritt so zu gestalten, dass möglichst wenig Schaden entsteht, von Industrie, Handel und Finanzwesen bis hin zu den europäischen Arbeitskräften. Deren Mangel macht sich in der Gastronomie Londons bereits bemerkbar, wie mir höchstpersönlich beschieden wurde. Schadensbegrenzung also, die man – etwas eleganter – als

„soft Brexit“ bezeichnet. Allerdings hat sich Theresa May ihren diesbezüglichen Spielraum selbst eingeengt, indem sie ausdrücklich und wiederholt darauf bestand, das Vereinigte Königreich werde nicht nur den Gemeinsamen Markt verlassen, sondern auch die Zollunion und die Jurisdiktion des EuGH. Das klingt schon eher nach „hard Brexit“. Im Extremfall gibt's die Möglichkeit, einfach vom Verhandlungstisch aufzustehen, alles hinzuschmeißen. „No deal“, nennt sich das. Auch diese Option hat, wie schon angedeutet, ihre Befürworter – die *hardline Brexiteers*.

Was wird kommen?

Nun, ich bin kein Experte, ich les' nicht im Kaffeesud, und Journalist bin ich schon gar keiner. Ich gebe nicht vor, über Wissen zu verfügen, welches mir erlaubt, Prognosen zu stellen. Am wahrscheinlichsten ist wohl, dass die Verhandlungen fortgeführt werden, hin zu einem mehr oder minder weichen Austritt. Die Frage ist bloß, welche Spannungen sich auf dem Weg aufbauen und wie sie sich entladen werden.

Aber wie schon gesagt: Kaffeesud...

(24. November 2017)